«Entweder freiwillig – oder Dienstpflicht»

Die Stiftung Zukunft.li empfiehlt, die Lücken im Bevölkerungsschutz zu schliessen.

Desirée Vogt

Liechtenstein kommt seiner Pflicht zum Bevölkerungsschutz zu wenig nach. Diesen Schluss zieht die Stiftung Zukunft.li, nachdem sie die Risiken, denen Staat und Bevölkerung heute ausgesetzt sind, unter die Lupe genommen hat. Das Gefahrenpotenzial habe sich verändert – entsprechend müsse auch im Bevölkerungsschutz nachgebessert werden. In der Publikation «Bevölkerungsschutz: Was bedroht, wer schützt?» skizziert sie nicht nur Möglichkeiten, sondern legt auch klare Empfehlungen vor.

«Mehr Engagement der Bevölkerung nötig»

Die Verantwortlichen der Stiftung zeigen nicht nur die neuen Risiken auf, mit denen sich die Menschheit aufgrund des Klimawandels, der Digitalisierung oder des geopolitischen Wandels konfrontiert sieht. Sie stellen diesen Risiken und Gefahren eben auch die Verantwortlichkeiten gegenüber. Und stellen unter anderem fest, dass Liechtenstein im Krisenfall dank Abkommen zwar auf die Hilfe der Nachbarländer zählen könne. Doch beruhe diese auf Freiwilligkeit. Und auch wenn sich der Liechtensteiner gemäss Lie-Barometer ziemlich sicher im eigenen Land fühle, so sei dieses Gefühl eben trügerisch. «Wir verfügen weder über eine Armee noch über eine obligatorische Zivilschutzorganisation», so Projektleiterin Doris Quaderer. Im Bereich des Bevölkerungsschutzes setze man also ausschliesslich auf Freiwillige. Eine «normale Lage» könne die heute 620 Mann und Frau starke Feuerwehr vielleicht noch stemmen. Nicht aber eine besondere und schon gar keine ausserordentliche Lage. «Es ist also mehr Engagement der Bevölkerung nötig», ist Quaderer überzeugt.

Ausbildung und Entlohnung – und Sollbestand von 320 Personen

Die Stiftung.li empfiehlt deshalb, die personellen Lücken zu schliessen, indem ein «Freiwilliger Bevölkerungsschutz Liechtenstein» geschaffen wird. Dies mit einer entsprechenden Ausbildung sowie Entlohnung, um sie auch attraktiv zu machen. Wer die Ausbildung absolviert hat, soll verpflichtet werden, sich für eine gewisse Zeit zu engagieren oder sich in einen Reservistenpool eintragen zu lassen. Sollte dieser Ansatz allerdings nicht zum notwendigen Sollbestand von rund 320 Personen führen, soll eine Dienstpflicht eingeführt werden. 3

«Die Risikolandschaft ist nicht stabil»

Die Stiftung Zukunft.li verlangt: «Wir müssen uns anders aufstellen.» Denn ein Grossereignis könne Liechtenstein in seiner Existenz gefährden.

Desirée Vogt

«Wir haben uns daran gewöhnt, dass immer alles da ist. Und wir haben kaum noch ‹Rückfallebenen›. Und genau das ist die Gefahr, wenn es wirklich zu einem grossflächigen Ereignis kommt.» Diese Aussage von Herbert Saurugg, Blackout und Krisenvorsorgeexperte, bringt die Herausforderungen des Bevölkerungsschutzes auf den Punkt. Denn für Krisen muss man sich wappnen, solange sie nicht da sind. Das Verständnis dafür ist aber oft nicht vorhanden. Wie wichtig eine gute Vorbereitung allerdings ist, hat die Coronapandemie bestens aufgezeigt.

Die Stiftung Zukunft.li hat das Thema Bevölkerungsschutz deshalb aufgegriffen. Einerseits, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Aber andererseits auch, um wachzurütteln. Die Politik hier, die ihrer Ansicht nach zu wenig in diesem Bereich macht. Und die Bevölkerung dort, die für das Thema sensibilisiert und engagierter werden soll.

Die Feuerwehr – da in (fast) allen Notlagen

Pandemie, Dammbruch, Erdbeben, Hochwasser, Waldbrand, Strommangel oder gar Blackout: Diese und weitere Szenarien greift die Stiftung Zukunft.li in ihrer neusten Publikation auf. Spätestens seit Corona, dem Kriegsausbruch in der Ukraine und dem spürbar werdenden Klimawandel sowie damit verbunden auch einer drohenden Strommangellage weiss die Menschheit: Sicherheit ist ein trügerisches Gefühl. Und vor allem: Es gibt sie nicht umsonst. Grundlage für die Krisenvorsorge in Liechtenstein ist das Bevölkerungsschutzgesetz. Dieses dient als Basis für den Schutz der Bevölkerung in allen Notlagen. «Es nimmt Land und Gemeinden organisatorisch und finanziell in die Pflicht und regelt die Zuständigkeiten der Krisenorgane», fasst die Stiftung Zukunft.li in ihrer Publikation zusammen. Involviert sind also Amtsstellen. Die Landespolizei. Sowie weitere Rettungs- und Hilfsdienste.

Als «Organisation für alle Notlagen» darf sicherlich die Feuerwehr bezeichnet werden. Sie ist mit 620 Mitgliedern mit Abstand die grösste Blaulichtorganisation in Liechtenstein. «Sie ist zwar in der Lage, auch auf grössere und komplexe Schadenslagen zu reagieren und ist damit ein zentraler Akteur in nahezu allen Szenarien, die für die Gefährdungsanalyse relevant sind», heisst es im Bericht. Doch ausserordentliche Lagen kann sie nicht ohne fremde Hilfe bewältigen. «Für ausserordentliche Lagen sind die liechtensteinischen Feuerwehren weder konzipiert noch verfügen sie über die notwendigen Ressourcen. Hilfe aus dem Ausland wäre dann nötig.» Und auf eben diese Hilfe muss sich das Land dann verlassen können – selbst bei überregionalen Ereignissen. Fazit: Liechtenstein muss sich besser selber helfen können.

Im ersten Schritt auf Freiwilligkeit setzen

Für Projektleiterin Doris Quaderer ist klar: «Es fehlen Einsatzkräfte zweiter Staffel.» Und: «Es gibt Bereiche, die nicht abgedeckt sind.» Liechtenstein müsse also trotz des Aufbaus der Führungsorgane der Gemeinden und des Gemeindeschutzes deutlich mehr tun. Also zeigt die Stiftung Zukunft.li in ihrer Studie auch Optionen für das Land auf. Dabei schlägt sie eine «Freiwillige Grundausbildung mit Reservistenpflicht» vor. Der Staat soll demnach eine attraktive Grundausbildung im Bereich Bevölkerungsschutz anbieten. Wer diese Ausbildung durchläuft, wäre in der Folge verpflichtet, entweder einer bestehenden Hilfs- und Rettungsorganisation beizutreten oder sich in einen «Reservistenpool» eintragen zu lassen. Darin könnten sich ausserdem Personen registrieren, die bereits über Kompetenzen im Bevölkerungsschutz verfügen. «Durch Erfassung von beruflichen und anderen Qualifikationen kann in einer Notlage gezielt nach entsprechend qualifizierten Freiwilligen gesucht werden», so der Vorschlag weiter. Wichtig sei dabei: Wer die Grundausbildung durchlaufen hat und im Reservistenpool eingetragen ist, verpflichtet sich, im Bedarfsfall in einem gewissen Rahmen Einsatz zu leisten und Wiederholungskurse zu absolvieren. «Nur so kann sichergestellt werden, dass im Ernstfall die notwendige Anzahl Personen mit entsprechenden Fähigkeiten aufgeboten werden kann.» Freiwillig sei somit der Entscheid, sich zu engagieren. Für einen gewissen Zeitraum folge der Freiwilligkeit dann aber die notwendige Verpflichtung.

Auf Liechtenstein zugeschnittene Lösung

Klar ist für Projektleiterin Doris Quaderer trotz eines gewissen Freiwilligenpotenzials aber auch: Der Lehrgang muss attraktiv sein. Die Inhalte sollen so ausgewählt werden, dass sie der Allgemeinheit von Nutzen sind und das Gelernte gleichzeitig auch persönlich weiterbringt. Im Anschluss an die Grundausbildung biete sich die Option eines sozialen oder ökologischen Freiwilligenjahres im In- oder Ausland an. Ausserdem soll das Engagement honoriert werden, um die Motivation zu erhöhen. Eine solche auf Liechtenstein zugeschnittene und auf Freiwilligkeit basierende Lösung ist für die Stiftung Zukunft.li mehrheitsfähiger als eine Dienstpflicht. Allerdings: «Sollte dieser Ansatz nicht zum notwendigen Sollbestand führen, empfehlen wir die Einführung zur Dienstpflicht.»